Newsletter Charlotte Quik

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

CDU NRW Fraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

im November konnten Sie an dieser Stelle lesen: „Die Lage ist ernst. Es wird der härteste Winter, den wir seit Jahrzehnten erlebt haben." So wird es nun auch kommen, leider. Am Montag, 14. Dezember, hat die Landesregierung die überarbeitete Coronaschutzverordnung veröffentlicht, welche die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz von Sonntag in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzt. Danach gelten bis zunächst 10. Januar 2021 verschärfte Regelungen zur weiteren Eindämmung des Infektionsgeschehens in Nordrhein-Westfalen. Die Zahlen der letzten Wochen haben verdeutlicht, dass unsere bisherigen Maßnahmen zwar geholfen haben, um den massiven Anstieg der Neuinfektionen zu durchbrechen. Sie haben aber nicht gereicht, um den Trend im Infektionsgeschehen umzukehren. Und das ist dringend nötig. Die neuen Regeln werden uns allen viel abverlangen – gerade in dieser Jahreszeit. Wir sind soziale Wesen. Solch massive Kontaktbeschränkungen – noch dazu an Weihnachten – liegen nicht in unserer Natur. Das Virus ist aber auch an Heiligabend ansteckend.

Ziemlich fassungslos macht mich seit Wochen nach wie vor das Verhalten der Sozialdemokraten in NRW. Kritik an Regierungshandelnden ist erlaubt – ob aus den Reihen der eigenen Partei oder vom politischen Mitbewerber. Wenn diese aber ausnahmslos dafür verwendet wird, um den „Gegner" zu diffamieren, populistisch Falschbehauptungen zu verbreiten und persönliche Angriffe zu fahren, hört mein Verständnis dafür auf. Aktuelles Beispiel: Der nordrhein-westfälische Landtag hat an diesem Dienstag in einer Aktuellen Stunde über die aktuelle Lage der Krankenhäuser und Intensivstationen in der Corona-Pandemie debattiert. Es ist richtig und gut, dass wir in der aktuellen Krisensituation das parlamentarische Scheinwerferlicht auf die Krankenhäuser richten und auf die Menschen, die dort gerade Herausragendes leisten. Schlecht und falsch ist es indes, wenn die SPD vorgaukeln will, nichts von der großen Unterstützung für die Krankenhäuser in NRW zu wissen, wenn sie Ängste schüren und daraus politisches Kapital schlagen will. Die Zahl der Intensivbetten ist zwischen März und August von gut 6500 auf mehr als 8000 gewachsen – jedes zusätzliche Bett wird mit 50.000 Euro aus dem Gesundheitsfonds gefördert. Allein 100 Millionen Euro aus Landesmitteln wurden für Beatmungsgeräte rasch zur Verfügung gestellt. NRW hat ein Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro aufgelegt, um Pflegeschulen und Krankenhäuser zu unterstützen.

Ich kann Ihnen und Euch versichern, dass die NRW-Koalition mit allen Abgeordneten und Mitarbeitern sowie die Landesregierung mit den Beschäftigten in den Ministerien, den Ministerinnen und Ministern, den Staatssekretärinnen und Staatssekretären und letztlich mit unserem Ministerpräsidenten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgen, die Krise so gut wie möglich zu meistern. Dass bei der Fülle an Aufgaben seit März auch Entscheidungen gefallen sind, die hätten anders getroffen werden können, ist leider nicht von der Hand zu weisen. Einen Königsweg zu Lösungen in der Pandemie gibt es aber nicht.

Ich wünsche trotz der schweren Zeit von Herzen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr. Hoffen wir alle darauf, dass der Lockdown wirkt, die Impfungen anschlagen und wir im kommenden Jahr langsam zu einer Normalität zurückkehren können.

Ihre und Eure Charlotte Quik

Der Landeshaushalt 2021 steht – die Zukunft im Blick

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Mittwoch den Landeshaushalt für 2021 abschließend debattiert und beschlossen. Er sieht Ausgaben von mehr als 84 Milliarden Euro vor. Auch das Gemeindefinanzierungsgesetz wurde verabschiedet. Es sieht die Rekordsumme von insgesamt 13,6 Milliarden Euro an Zuweisungen an die Kommunen vor. Diese NRW-Koalition wird unser Land bestmöglich durch die Krise bringen. Trotz Corona-Pandemie halten wir Kurs mit einem finanzpolitischen Kompass von Maß und Mitte. Dass der NRW-Rettungsschirm bis 2022 aufgespannt bleibt, gibt den Menschen, den Unternehmen und den Kommunen in unserem Land Sicherheit. Aber nur das Herauswachsen aus der Krise schafft die Voraussetzungen, um gut bezahlte Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen. Neues Wachstum ist der Garant für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Wir haben einen transparenten und verfassungsgemäßen Haushalt vorgelegt, in dem die Corona-Belastungen sauber abgebildet sind. Wir setzen klare Schwerpunkte bei den Ausgaben für Bildung und für Familien, für die Bekämpfung von Kriminalität, für die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen, unserer Krankenhäuser und der Infrastruktur des Landes.

Wenn diese Corona-Krise vorbei ist, wollen und müssen wir so schnell wie möglich zu einer Finanzpolitik ohne Neuverschuldung zurückkommen. Diese NRW-Koalition arbeitet parallel zur Bewältigung der Pandemie weiter an den wichtigen Zukunftsaufgaben des Landes. Dieser Haushalt ist deshalb auch in schwierigen Zeiten ein Haushalt, der für Zukunft steht. Die Investitionsquote im Haushalt 2021 ist mit 10,3 Prozent die höchste Investitionsquote in einem Haushalt dieses Landes seit 25 Jahren. Wir nehmen große Investitionen in unsere Kleinsten vor. Insgesamt rund 5,7 Milliarden Euro sieht der Haushaltsplan 2021 für Kinder, Familien und den Kinderschutz vor. Für mehr Qualität in der Kinderbetreuung und für mehr Kinderbetreuungsplätze gibt die NRW-Koalition mehr als eine halbe Milliarde Euro aus. In diesem Kitajahr wurden 730.000 zusätzliche Plätze geschaffen, im kommenden Kitajahr 755.000. Zusätzlich entlasten wir Familien mit einem weiteren beitragsfreien Kita-Jahr. Auch der Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt ist zu einem der Schwerpunkte dieser NRW-Koalition geworden.

Die Innere Sicherheit ist ein zweiter Schwerpunkt. Dass der Haushalt für die-

ses Ressort zum vierten Mal in Folge steigt und ein Volumen von rund 6,4 Milliarden Euro hat, spricht für sich. Hauptposten mit 44 Prozent ist das Personal. Die Einstellungszahlen bei der Polizei sind seit 2017 kontinuierlich erhöht worden. Eine Null-Toleranz-Strategie gegen Kriminalität braucht zudem eine starke Justiz. All diese Frauen und Männer machen unser Land wieder sicher. Für ihre großartige Arbeit, gerade in dieser Krisenzeit, verdienen sie nicht nur unseren Dank, sondern auch unsere Rückendeckung.

Im Einzelplan Schule und Bildung werden im kommenden Jahr knapp 20,5 Milliarden Euro investiert. Das ist fast ein Viertel des Gesamthaushaltes und damit der größte Posten. Und weil dieser NRW-Koalition Bildung so wichtig ist, gibt es im Vergleich zum Vorjahr noch einmal ein dickes Plus von 2,27 Prozent. Damit schaffen wir 2.750 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Der Masterplan Grundschule schlägt 2021 mit mehr als 2,75 Milliarden Euro zu Buche. Mit diesem Geld werden Lehrkräfte unterstützt und die Qualität des Unterrichts gesteigert. Der Offene Ganztag wird weiter um 25.000 Plätze auf dann fast 355.000 Plätze ausgebaut.

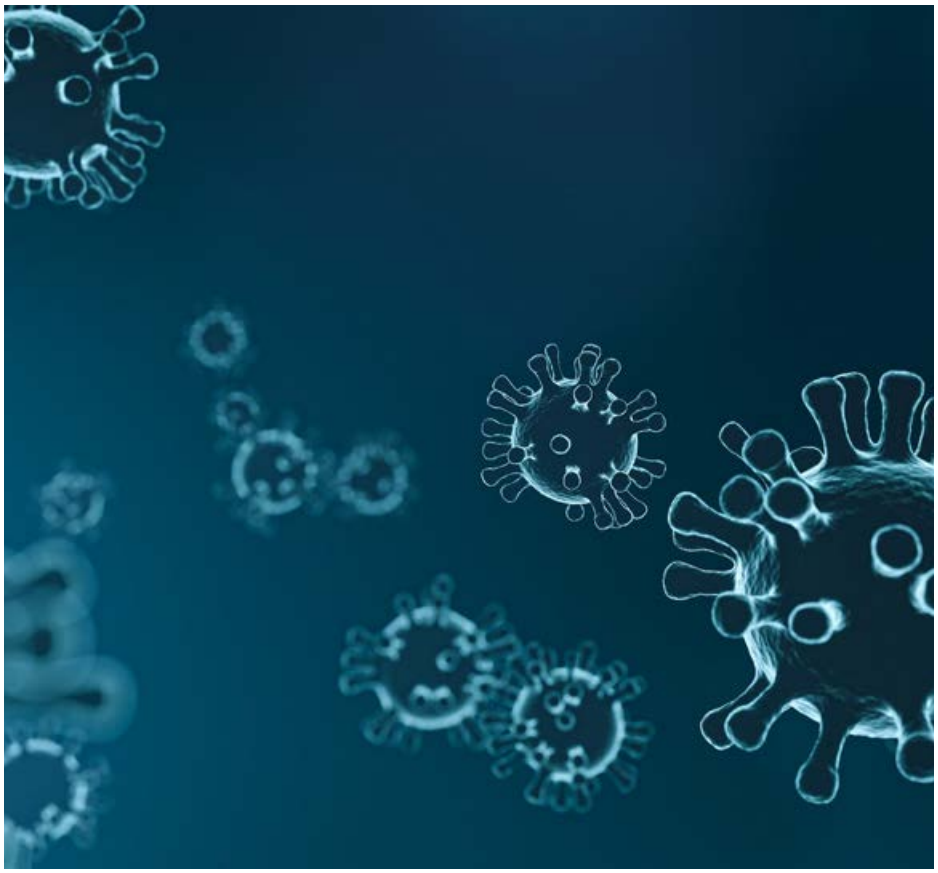
Dass diese NRW-Koalition Jahr für Jahr Rekordsummen für den Erhalt und die Modernisierung unserer Landesstraßen bereitstellt, ist der Beleg sowohl für die jahrelange Verdrängung eines Problem als auch für die Tatsache, dass wir dabei sind, dieses Problem Stück für Stück zu beseitigen. Zwei Milliarden Euro für den ÖPNV sind in NRW, dem Pendlerland Nr.1, genau richtig platziert. Dieser Verkehrsminister baut zudem mehr Fahrradwege als jeder Verkehrsminister vor ihm.

Die Landesregierung sichert die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Das Land Nordrhein-Westfalen erstattet ihnen gemeinsam mit dem Bund ausgefallene Gewerbesteuer, insgesamt 2,72 Milliarden Euro. Insgesamt sind im Haushalt 2021 für die Kommunen 31,3 Milliarden Euro vorgesehen. Zeitgleich mit dem Haushaltsbeschluss werden die Zuweisungen und Zuschüsse für Gemeinden und Gemeindeverbände geregelt. Gegenüber 2020 sieht die Gemeindefinanzierung ein Plus von rund 800 Millionen Euro vor. Zusätzlich beteiligt sich der Bund an den Kosten der Unterkunft dauerhaft und höher. Es handelt sich um eine nachhaltige und dauerhafte Entlastung von rund einer Milliarde Euro strukturell für unsere Kommunen.

Es zahlt sich aus, dass wir seit dem Regierungswechsel den Haushalt saniert und Vorsorge betrieben haben. Damit haben wir jetzt finanzielle Spielräume. So können wir eingreifen, um die Corona-bedingten Herausforderungen zu bewältigen. Und so kann diese NRW-Koalition selbst in der Krise das einhalten, was wir uns für normale Zeiten vorgenommen haben: Wir investieren in die Zukunft und in künftige Steuereinnahmen. So halten wir ein, was viele Vorgängerregierungen nicht einmal ohne besondere Herausforderungen geschafft haben.

Probleme anpacken statt rot-grüner Diffamierung

Kurz vor dem bundesweiten Corona-Lockdown hat Ministerpräsident Armin Laschet aus erster Hand das Parlament informiert. In einer Sondersitzung wurde der Landtag über Einzelheiten der Bund-Länder-Vereinbarungen unterrichtet. Wenn die Zahlen steigen, müssen die Maßnahmen verschärft werden. Wenn die Zahlen sinken, müssen die Einschränkungen wieder aufgehoben werden. Diese Antwort unseres Ministerpräsidenten, der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP ist seit Beginn der Pandemie nach wie vor richtig. Genau deshalb ist diese Regierung eine Regierung des Rechts: Sie muss zu jedem Zeitpunkt begründen, dass die getroffenen Maßnahmen der Lage angemessen, sprich verhältnismäßig, sind. Grundrechtseingriffe bedürfen stets der sorgfältigen und rechtsstaatkonformen Prüfung und Abwägung.



Vor nur rund acht Monaten, Ende März/Anfang April, hat dieser Landtag noch über Parteigrenzen hinweg für gute Vorschläge applaudiert und konstruktiv zusammengearbeitet. Aus sachlich begründeter Kritik der Opposition, die ja in Ordnung ist und die zu einer Demokratie gehört, sind mittlerweile persönliche Vorwürfe geworden. Weiteres Beispiel: die Rücktrittsforderung der SPD gegenüber unserer Schulministerin. Das hat nichts mehr mit sachlicher Kritik, sondern ausschließlich mit persönlicher Profilierung zulasten Dritter zu tun. SPD und B90/die Grünen kritisieren alleine Yvonne Gebauer, weil ihnen nicht Kritik in der Sache, sondern persönliche Diffamierung wichtig ist und sie politischen Profit aus eine Krisensituation schlagen wollen. Wenn Kinderärzte warnen, das Schließen von Schulen habe katastrophale Langzeitfolgen, dann muss ein gute Schulministerin dieses Risiko gegen ein mögliches Infektionsrisiko abwägen. Und wenn sie darum kämpft, gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz umzusetzen, dann hat sie Unterstützung verdient und keine dahergelaufene Rücktrittsforderung.

Die einzig mögliche Schlussfolgerung ist, dass SPD und B90/Die Grünen sachorientierte Kritik zugunsten persönlicher Diskreditierung aufgegeben haben. Das Einzige, das hingegen diese Koalition aus CDU und FDP trennt, das sind hier im Plenum die Plexiglaswände. Ich jedenfalls bin froh, dass wir mit Armin Laschet einen Ministerpräsidenten haben, der Verantwortung selbst wahrnimmt, der in Krisensituationen selbst zum Telefonhörer greift, der Probleme anpackt und löst. Und dieser Respekt gilt in gleichem Maße den Ministerpräsidenten, die in anderen Bundesländern in gleicher Weise gehandelt haben, ganz gleich, welcher Partei sie angehören.

Die NRW-Koalition hält ihr Versprechen und gibt dem Wald eine Zukunft

In der 3. Lesung des Haushalts für das Jahr 2021 haben die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP einen Haushaltsänderungsantrag eingebracht, mit dem noch einmal 50 Millionen Euro zur Aufstockung der Förderung nach der Extremwetter-Richtlinie des Landes bereitgestellt werden. Damit wird die Unterstützung bei der Schadensbewältigung im Wald und der Wiederbewaldung durch das Umweltministerium Nordrhein-Westfalen auf eine solide Basis gestellt.

Die Waldbauern und Forstwirtschaftsbetriebe sind in Not. Der Wald leidet seit Jahren unter Kalamitätsschäden, wie Dürre, Sturm und zusätzlich unter dem Befall des Borkenkäfers. Heimische Wälder und damit unsere größten Klimaschützer verschwinden überall in Nordrhein-Westfalen. Das Überangebot an Holz und die Kosten für die Wiederbewaldung sind große finanzielle Herausforderungen für unsere Waldbauern. Die 36 Millionen Euro, die in Nordrhein-Westfalen allein in diesem Jahr als Fördermittel im Rahmen der Extremwetter-Richtlinie zur Verfügung gestellt hat, sind allerdings weitestgehend ausgeschöpft. Aus diesem Grunde konnten noch nicht beschiedene Förderanträge, die für dieses Jahr geplante oder in diesem Jahr durchgeführte Maßnahmen betreffen, nicht mehr bewilligt werden. Dies betraf auch Maßnahmen, für die bereits der förderunschädliche vorzeitige Maßnahmenbeginn genehmigt wurde. Mit den nun zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln können wir sicherstellen, dass die in 2020 beantragen Maßnahmen im kommenden Jahr bewilligt werden und ausreichende Mittel für die Fortsetzung der wichtigen Maßnahmen für 2021 bereit stehen. Wir sagen allen Waldbauern, Forstbetrieben und Forstbetriebsgemeinschaften herzlichen Dank, dass Sie in unser aller Interesse durch die intensive Aufarbeitung des befallenen Holzes erheblich zur Eindämmung und Bekämpfung des Borkenkäfers beigeragen haben und noch beitragen werden. Dazu zählt nicht zuletzt auch die bestands- und bodenschonende Flächenräumung, die Aufarbeitung abgestorbener Nadelbäume (sog. Dürrständer) und die nachfolgende Wiederaufforstung. Wir wollen, dass unser Wald lebt und zukunftsfest wird und dass diejenigen, die ihn bewirtschaften das auch weiterhin machen können. Die gemeinschaftliche Anstrengung von Umweltministerium, Finanzministerium und den regierungstragenden Fraktionen ermöglicht es nun, unserer Wertschätzung für diese Arbeit mit insgesamt 83 Mio. Euro als Fördersumme für die Extremwetter-Richtlinie im Haushalt 2021 Ausdruck zu geben.

Auch darüber hinaus werden wir weiterhin alle Anstrengungen übernehmen, damit Waldbauern und Forstbetriebe wirtschaftlich die Möglichkeit bekommen, Sorge für die Zukunft unserer Wälder in Nordrhein-Westfalen zu tragen. Durch finanzielle Mittel, durch die Wiederaufforstung mit klimabeständigen Bäumen, wie Küstentanne oder Douglasie und nicht zuletzt durch unseren Einsatz im Bund für eine Waldprämie.“

Aktionswoche der CDU NRW-Fraktion:

In Brünen steht nun ein Ahornbäumchen - ein symbolischer Beitrag für den Erhalt des Waldes

Jeder der 72 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion NRW pflanzt in diesen Tagen in seinem Wahlkreis ein klimabeständiges Bäumchen. Eine große gemeinsame Pflanzaktion war aufgrund der Coronapandemie nicht möglich. Das Pflanzen dieses Setzlings ist ein kleiner Beitrag und ein symbolisches Zeichen, dass wir um des Erhalt des Ökosystem Wald kämpfen müssen. Ich habe den Setzling aus Düsseldorf mitgebracht und dann zusammen mit meiner Familie in einem Wald in der Brüner Unterbauerschaft eingepflanzt. Mit großer Unterstützung meiner beiden Söhne. Diese hatten sichtlich Spaß an der Aktion und haben fleißig gebuddelt. Die Ziele der NRW-Landtagsfraktion und der NRW-Landesregierung sind, Monokulturen zu durchbrechen und den Wald widerstandsfähiger gegen die Folgen der Dürre zu machen, ein konsequentes Waldschutzmonitoring durchzuführen und für die Verbesserung der Wasserspeicherfähigkeit der Waldböden zu sorgen. Aber auch Schädlinge – wie der Borkenkäfer – setzen dem Wald zu. Hier helfen wir den Waldbauern bei der Schädlingsbekämpfung.

Die CDU-Fraktion und die Landesregierung setzen sich massiv für den Wald in NRW ein. Insgesamt 57,5 Millionen Euro stehen in diesem Jahr für die Unterstützung der Holz- und Forstwirtschaft zur Verfügung. Insgesamt 100 Millionen Euro werden in den kommenden zehn Jahren in die Wiederbewaldung investiert. Darüber hinaus fordert NRW eine Baumprämie vom Bund. Unser Wald ist Lebensraum für Tiere und Pflanzen. 27 Prozent von NRW sind mit Wald bedeckt. 70 Prozent der NRW-Waldfläche gilt als Landschafts- oder Naturschutzgebiet, Fauna-Flora-Habitat- oder Vogelschutzgebiet. Diese Vielfalt im Wald möchten wir für nachfolgende Generationen bewahren.

Charlotte Quik beim Pflanzen des Setzlings in der Brüner Unterbauerschaft. – Foto: Büro Charlotte Quik MdL

In dieser Woche bekamen die Kommunen in NRW 2,7 Milliarden zusätzlich

Die Corona-Pandemie hat die Kommunen stark belastet. Grund dafür sind erhöhte Ausgaben durch Corona und weggebrochene Gewerbesteuereinnahmen. Mit 2,72 Milliarden Euro gleichen das Land Nordrhein-Westfalen und der Bund den Kommunen diese Mindereinnahmen aus. Die Bescheide sind verschickt, das Geld wurde den Kommunen bereits am vergangenen Montag ausgezahlt. Die NRW-Koalition steht hinter den Kommunen. In diesen harten Zeiten noch mehr als sonst. Daher freue ich mich, dass die Landesregierung diese in Deutschland einzigartige Finanzhilfe gemeinsam mit dem Bund auf die Beine stellen konnte und sie so schnell ausgezahlt werden kann. Die unterschiedlichen Höhen der Zahlungen aus dem Gewerbesteuerausgleichsgesetz an Kommunen in NRW und auch im Kreis Wesel ergeben sich dadurch, dass einige Kommunen eine günstigere Ausgangslage hatten als andere. Am vergangenen Montag flossen zusätzlich über 34 Millionen Euro in den Kreis Wesel. Mit 13,6 Milliarden Euro stellt die NRW-Koalition den Kommunen in NRW auch im kommenden Jahr durch das Gemeindefinanzierungsgesetz so viel Geld zur Verfügung wie noch nie. In den Kreis Wesel fließen dann 248.5 Millionen Euro. Das sind 44 Millionen Euro mehr als unter Rot-Grün 2017 und mit den Zusatzzahlungen vom Montag 78 Millionen Euro mehr für den Kreis Wesel als unter der Vorgängerregierung im Jahr 2017.

Hintergrund:

Bereits in diesem Jahr erhalten die Kommunen neben dieser Finanzhilfe noch die Rekordsumme von 12,8 Milliarden Euro aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Darüber hinaus werden die Kommunen dauerhaft durch die Übernahme der Kosten der Unterkunft mit rund einer Milliarde Euro jährlich entlastet, was maßgeblich die NRW-Landesregierung in Verhandlungen mit dem Bund erreicht hat. Auch investiert die Landesregierung rund eine Milliarde Euro mehr in die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen, der Bund steuert 630 Millionen Euro dazu. Über die NRW.BANK werden weitere Unterstützungsprogramme bereitgestellt, um die finanzielle Versorgung der Kommunen in der aktuellen Krise zu gewährleisten.

Folgende zusätzliche Zuweisungen durch das Gewerbesteuerausgleichsgesetz erhalten die Kommunen im Kreis Wesel:

Alpen: 2.784.137 Euro
Dinslaken: 3.768.168 Euro
Hamminkeln: 297.274 Euro
Hünxe: 174.004 Euro
Kamp-Lintfort: 486.471 Euro
Moers: 8.828.048 Euro
Neukirchen-Vluyn: 1.140.120 Euro
Rheinberg: 12.848.310 Euro
Schermbeck: 167.446 Euro
Sonsbeck: 1.428.457 Euro
Voerde: 302.878 Euro
Wesel: 1.695.926 Euro
Xanten: 164.473 Euro

Das Land fördert die Schaffung von Ausbildungsplätzen in der Krankenpflege im Kreis Wesel mit über 8,3 Millionen Euro

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW hat für die Einzelförderung der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr knapp 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. 50 Förderanträge wurden bewilligt. Ich bin hoch erfreut, dass mit über 8,3 Millionen Euro ein beträchtlicher Teil der Fördermittel in den Kreis Wesel fließt und drei Anträge von Krankenhäusern aus dem Kreis Wesel erfolgreich waren.

Das NRW-Ministerium hat sich entschlossen, bei der diesjährigen Einzelförderung die Investitionsmaßnahmen, die beim Aufbau von Ausbildungsplätzen anfallen, zu fördern, um die Krankenhäuser finanziell zu entlasten. Jeder Euro, der in die Ausbildung von Pflegekräften investiert wird und damit in Zukunft dem Gesundheitssektor zusätzliche Pflegekräfte beschert, ist gut investiert.

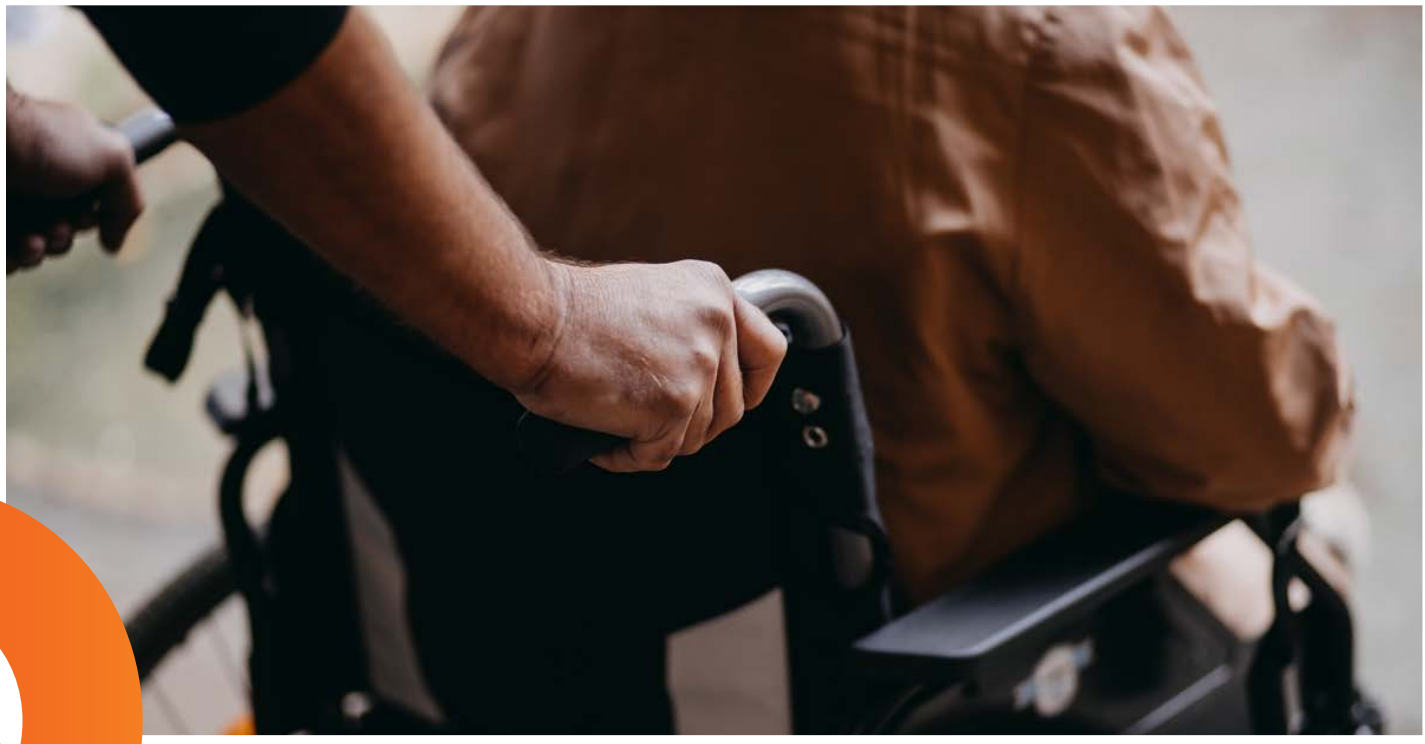
Mein großer Dank gilt unserem Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann, der unermüdlich nicht nur in der Coronakrise die vielfältigen Herausforderungen der Gesundheitsversorgung im Blick hat – auch hier bei uns im Kreis Wesel.

Folgende Förderanträge wurden bewilligt:

Das **Krankenhaus Bethanien** in Moers erhält 4.752.000 Euro für den Neubau einer Pflegeschule.

Das **St. Bernhard Hospital in Kamp-Lintfort** erhält 1.060.800 Euro für An- und Umbaumaßnahmen.

Das **Marien-Hospital Wesel**, das **St. Willibrord-Spital Emmerich-Rees** und das **Evangelische Krankenhaus Wesel** (Bildungszentrum Niederrhein-Wesel) erhalten 2.570.090 Euro für den Umbau einer auslaufenden Hauptschule in Wesel zur Pflegeschule.



Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten

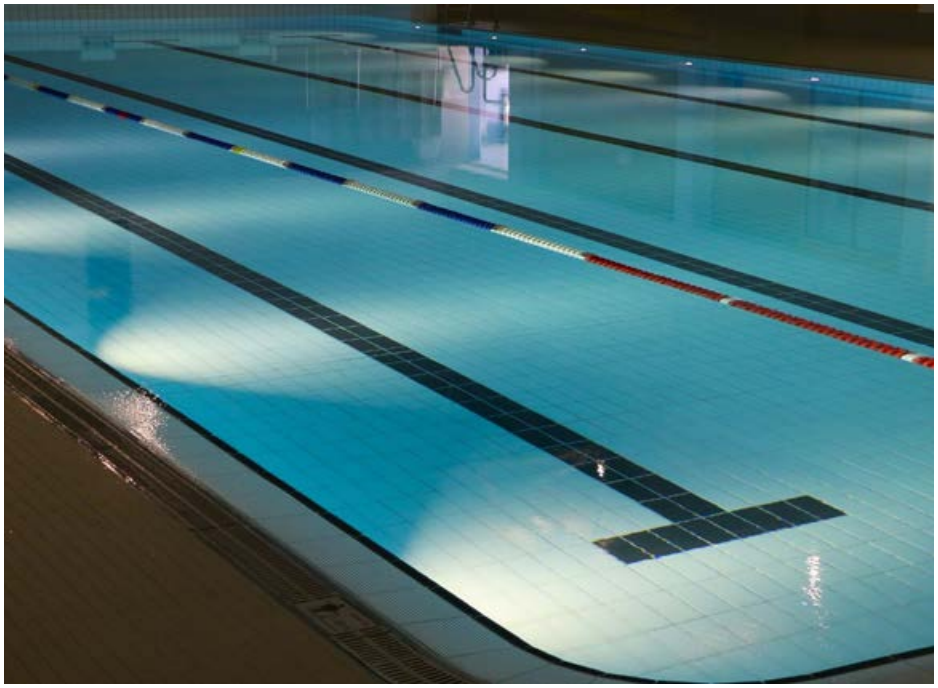
Erst im Juli ist der Projektaufruf für den „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ vom Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund auf den Weg gebracht worden. Er dient zur Erneuerung und zum Neubau von kommunalen Sportstätten für die Jahre 2020 und 2021. Nur fünf Monate später stehen die 47 Millionen Euro Fördergelder für rund 80 Projekte in den Startlöchern. Die Gemeinde Schermbeck erhält insgesamt 1,5 Millionen Euro aus dem Investitionsprogramm zur Erweiterung des Hallenbades um ein neues Lehrschwimmbecken. Das hat das Heimatministerium NRW bekannt gegeben. Es ist großartig, wie schnell die Investitionsprogramme von der Landesregierung auf den Weg gebracht werden – gerade in der momentanen Coronakrise. Ich hatte mich bei Heimatministerin Ina Scharrenbach persönlich für die Förderung des Schermbecker Projektes eingesetzt und bin hocherfreut. Von einer starken Sportinfrastruktur profitieren alle Bürgerinnen und Bürger der Region, denn die kommunalen Sportstätten sind ein wichtiger Baustein der kommunalen Infrastruktur. Mit dem Investitionsprogramm wird der Grundstein für den Sport von morgen gelegt. Die NRW-Koalition hat unsere Kommunen fest im Blick.

Ebenfalls hocherfreut zeigte sich Bürgermeister Mike Rexforth: „Die Einrichtung der Stabsstelle Förderung im Rathaus hat sich gelohnt. Die Zusammenarbeit zwischen dem Wassersportverein und dem Planungsbüro Brilo und Klein-Bösing hat sehr gut funktioniert. Ebenfalls vielen Dank an den Kreis Wesel für die Unterstützung. Durch das neue Lehrschwimmbecken schaffen wir eine perfekte Erweiterung unseres mittlerweile mehr als voll ausgelasteten Hallenbades. Alle unsere Wünsche für eine Vollförderung sind in Erfüllung gegangen. Das ist ein guter Tag für Schermbeck!“

In Schermbeck wird die Erweiterung des Hallenbades mit 1,5 Millionen Euro gefördert. Und das Beste daran ist: Im Zuge des „Nordrhein-Westfalen-Programm I“ übernimmt das Land die städtischen Eigenanteile für das Sonderprogramm für das Jahr 2020 und erleichtert damit zusätzlich kommunale Investitionen. Daher gibt es in diesem Jahr eine 100 Prozent-Förderung.

Hintergrund:

Für die Teilnahme am „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ für 2021 können die Kommunen noch bis zum 15. Januar 2021 ihre Anträge bei der zuständigen Bezirksregierung einreichen. Die in 2020 gestellten Anträge, die noch keine Förderung erhalten haben, bleiben weiterhin bestehen. Aus dem Investitionsprogramm werden Projekte mit unterschiedlichen Zielrichtungen gefördert: Moderne niederschwellige Sportangebote für Kinder und Jugendliche, Einrichtungen und Anlagen, die unterschiedliche Breitenportangebote für weite Bevölkerungsgruppen ermöglichen sowie die Attraktivierung, Modernisierung und Ausbau bestehender und, aufgrund baulicher Mängel, bisweilen geschlossener Sporteinrichtungen.



NRW ist bereits die Avantgarde des Kinderschutzes

Der Kinder- und Familienausschuss des Landtages hat Sachverständige zu einem Antrag von Bündnis 90/Grüne gehört, welcher eine neue Beauftragtenstelle für Fälle sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen fordert. Die Expertenanhörung hat eindeutig gezeigt: Nordrhein-Westfalen ist im Kinderschutz nicht nur auf dem richtigen Weg – es ist Vorreiter. So hat der Unabhängige Bundesbeauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, unser Land wörtlich als ‚Avantgarde des Kinderschutzes' bezeichnet. Zudem hat er unsere Überzeugung bestätigt, dass NRW mit dem zuständigen Staatssekretär im Kinder- und Familienministerium, Andreas Bothe, bereits einen offiziellen Landesbeauftragten hat – der Austausch ist laut Rörig hervorragend. Die Art und Weise, wie NRW-Innenminister Herbert Reul den Kampf gegen Kindesmissbrauch und gegen das Geschäft mit Missbrauchsbildern zur Chefsache gemacht hat, ist in Deutschland einzigartig – das hat auch die Anhörung gezeigt. Was daraus an politischem Engagement erwachsen ist – vom Untersuchungsausschuss zum Missbrauchsfall Lügde über die Kinderschutzkommission des Landtags, die Interministerielle Arbeitsgruppe, die Landesfachstelle bis hin zum Kompetenzzentrum Kinderschutz NRW – würde sich der Bundesbeauftragte für Fragen des Kindesmissbrauch sehr in den übrigen 15 Bundesländern wünschen.

Auch ich hoffe, dass wir in Nordrhein-Westfalen Wegbereiter für einen wirksameren Schutz unserer kleinsten Gesellschaftsmitglieder in der ganzen Republik sein können. Denn ich bin nach den erschreckenden Erkenntnissen unserer bisherigen parlamentarischen Aufklärungsarbeit überzeugt: Auch andere Bundesländer werden ihr Lügde, ihr Bergisch Gladbach oder ihr Münster haben – aber es erfordert einen sehr wachen und genauen Blick, um dieses Leid von Kindern aus dem Schatten ins Licht zu holen und konsequent zu beenden. Auch wir in NRW sind dabei noch lange nicht am Ende und arbeiten weiter mit Hochdruck an geeigneten Antworten. Jede konstruktive Idee ist in diesem Prozess herzlich willkommen.

QUIK UNTERWEGS

Herzlichen Dank liebe Spender*innen: Die Weseler Tafel hat durch Großzügigkeit den Wagen vollgeladen bekommen. 17 große und randvolle Transportkisten sowie 300 Euro an Spendengeldern. Gerade in der aktuell oftmals so belastenden Pandemie ist Spendenbereitschaft umso wichtiger. Vielen Dank auch an die CDU Flüren und REWE Peeters.

Zu einem konstruktiven Austausch habe ich das Reisebüro Ankerplatz in Voerde besucht. Wünsche und Anregungen der Reisebranche habe ich gerne aufgenommen. Vielen Dank für das tolle Gespräch.

QUIK UNTERWEGS

Uns zuhause sicher fühlen: Das möchten wir alle. Dazu trägt die gute Arbeit unserer Polizei bei und dafür können wir alle etwas tun – zum Beispiel durch die Nutzung von Einbruchschutz. Nachdem dieser nun bei uns zuhause installiert ist, durfte ich die Plakette vom Netzwerk „Zuhause sicher“ entgegennehmen. Herzlichen Dank für das Engagement des Netzwerkes für unser aller Sicherheit. Ein ebenso herzliches Dankeschön geht an die Polizei NRW Wesel für die freundliche und kompetente Beratung und die Schreinerei Grewing aus Schermbeck für die tolle Unterstützung.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.

Charlotte Quik MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt

Landtagsbüro: 0211/ 884 4365
Wiss. Mitarbeiter Lukas Schulte
lukas.schulte@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro: 0281/ 4757 2835
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Van-Gent-Straße 3
46483 Wesel
Wiss. Mitarbeiter Elmar Venohr
elmar.venohr@landtag.nrw.de